

WIESBADENER KURIER

RHEIN MAIN PRESSE

Mittwoch, den 11.5.2016

Lewin Sander (KP) zum Ministerpräsidenten gewählt.



WIESBADEN. Der neu gewählte Hessische Landtag hat seine Arbeit aufgenommen und bereits in seiner ersten Sitzung wichtige personelle Entscheidungen gefällt. Nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen wurde, wie er-

wartet, der Kandidat der Konservativen Partei, Lewin Sander, mit der Mehrheit der zukünftigen Regierungsfractionen, KP und ÖP, zum Hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Für Sander bedeutet dies den vorläufigen Höhepunkt seiner kurzen politischen Karriere. Bei der Besetzung der Ministerposten wurde die Frauenquote definitiv erfüllt.



Das neue Kabinett (Umweltministerin J. Korsos, ÖP, Schulministerin D. Wiebe, KP, Wirtschaftsministerin D. Arnold, ÖP und der Ministerpräsident)

KOMMENTAR

Zwischenfragen - nein Danke!

Eine junge Politikergeneration ist es, die sich dieser Tage lebhaft an die Arbeit machte. Man sollte meinen, dass es wie in Grönemeyers „Kinder an die Macht“ dabei reichlich unbedarft, ungeplant, sogar naiv zugeht. Weit gefehlt! Schon nach kurzer Zeit erkannten die jungen Abgeordneten. Dass viele Zwischenfragen nur der Störung des Gegners dienen sollten, und ließen sie nicht zu. Manche Reden wirkten routiniert wie nach Jahren Landtags-Bankdrücken. Sicher - einige verirrte Seelen der Arbeitnehmerpartei wählen Sander (KP) zum Ministerpräsidenten. Aber die jungen Politiker lernten schnell, wer Gegner und wer Genosse ist.

Lebhaft und sachorientiert

Souverän geleitet vom neuen Landtagspräsidenten (Dennis Lepp, KP) zeichnete sich die erste Plenarsitzung durch sachlich klare, im Ton angenehm vorgetragene, Redebeiträge sowie viele interessierte Zwischenfragen aus.

Drei Themen, die bereits den Wahlkampf geprägt haben, bestimmten auch die ersten Sitzungen des neu gewählten Hessischen Landtags. In der Schulpolitik legte die Fraktion der



Konservativen Partei (KP) Wert auf eine allumfassende Ganztagschule, die zusätzlich zum Regelunterricht bis 13 Uhr auf ein breites und gut beaufsichtigtes Ganztagsangebot bis 17 Uhr setzt. Dafür sollen weitere Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Fraktion der Freiheitspartei (FP) dagegen forderte ein Festhalten an G8, um jungen Menschen einen frühen Schulabschluss und eine schnelle Familiengründung zu ermöglichen. In der Drogenpolitik wurden vor allem die Unterschiede in den Ansichten der Sozialistischen Partei und der KP deutlich. Während die KP auf traditionelle Werte und Verbote setzt, sprach sich die SP für eine Legalisierung sogenannter weicher Drogen und alle Alkoholika ab 16 Jahren aus. In der Umweltpolitik priorisierte die ÖP den Ausbau des ÖPNV sowie eine Aufklärungskampagne für Verbraucher. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien zeigte sich die Freiheitspartei von einer ganz neuen Seite und setzte sich ein hohes Ziel mit 100% erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050. Dieser Vorschlag fand Zuspruch von der AP, wobei diese die Frage nach bezahlbaren Verbraucherpreisen aufwarf. Der Abgeordnete Galbreth der SP forderte hingegen energisch eine Verstaatlichung aller Energiebetriebe und ermahnte alle Abgeordneten zum Umdenken. Die Umweltministerin J. Korsos widersprach ihm und sprach sich für eine Ausweitung der Windenergie in Hessen aus. Alle eingebrachten Anträge wurden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Beschlussempfehlung der Ausschüsse und 3. Plenarsitzung

Der Schulausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages der KP in geänderter Fassung. Die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 soll erhalten bleiben und Ganztagschulen sollen auf freiwilliger Basis eingeführt werden. Für diesen Kompromiss forderte der Abgeordnete Bhatti Applaus von allen Fraktionen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bemerkenswert war die Debatte zum Antrag der SP zur Legalisierung von Drogen. Während der Abgeordnete Galbreth seinen Kolleginnen und Kollegen Unvermögen und Ignoranz vorwarf, sah der Ministerpräsident diesen Vorschlag als unseriös an und empfahl den Abgeordneten der SP einen Umzug nach Jamaika. Folgemäßig wurde der Antrag mit einer überwältigenden Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der FP zur Energiewende bis 2050 wurde bereits im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Zwar sprachen sich alle großen Fraktionen für den Ausbau erneuerbarer Energien aus, doch waren die Vorschläge und der Verbindlichkeitscharakter zu unterschiedlich, sodass man sich hier nicht einigen konnte. Der Antrag der ÖP hingegen zum Energie-Mix wurde durch die Regierungsmehrheit beschlossen.

Die Debatte im Plenum verlief bei den ersten Themen zunächst ruhig und geordnet, es gab nur wenige provokante und scharfe Einlassungen sowie Buhrufe. Lediglich beim Thema Schulsystem war bei einem Vorschlag der Arbeitnehmerpartei zu erkennen, dass es starke Diskrepanzen zwischen den Positionen der einzelnen Parteien gibt.

Ganz im Sinne der Fraktionsdisziplin wurden jedoch auch Abweichlerinnen und Abweichler eingefangen, sodass letztlich alle von der Regierungsmehrheit unterstützten Anträge eine satte Mehrheit erhielten.

Sport Sensationeller Klassen- erhalt des SV Darmstadt 98.

Die Redaktion des Wiesbadener Kuriers beglückwünscht (mehrheitlich) die Mannschaft des SV Darmstadt 98, die durch einen überraschenden 1 zu 2 Sieg in Berlin bereits einen Spieltag vor Ende den Klassenerhalt sicherte.